

POLNISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 5., 15. und 25. jeden Monats.

Heft 96. XI. BAND 25. Mai 1918

INHALT:

Einzelpreis 40 Pfg. — Vierteljährlich 3.50 Mk.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstrasse Nr. 28.

Nr. 96 25. Mai 1918

POLNISCHE BLÄTTER

Vor der Regelung der Polenfrage.

Die Zweikaiserzusammenkunft am 12. Mai ist ein historisches Ereignis von allergrößter Tragweite; für uns wird sie durch die Tatsachen bedeutungsvoller, daß das zu vertiefende Bündnis zwischen den Mittelmächten — nach dem amtlichen Kommentar — die Idee eines Völkerbundes nicht ausschließt, und daß dadurch die Polenfrage sehr wesentlich berührt wird.

Die Idee des Völkerbundes liegt uns sehr am Herzen. Polen, das in der Vergangenheit für Völkerfreiheit so viel gestritten und dessen Söhne im gegenwärtigen Kriege auf verschiedenen Fronten gegeneinander gekämpft haben, hat ein besonderes Interesse daran, daß zwischen den Völkern der Geist der Verständigung und Gerechtigkeit walte. In erster Reihe möge dieser Geist in den Beziehungen zu denjenigen Mächten triumphieren, die gegenwärtig das Schicksal unserer Heimat in ihren Händen haben.

Die Entscheidungsstunde für diese Beziehungen ist nun nahe. Der Ausbau und die Vertiefung des deutsch-österreichischen Bündnisses ist ohne Regelung der Polenfrage im österreichischen Reichsrat kaum durchführbar und überhaupt kaum denkbar. Die erste Bedingung eines Bündnisses ist Klarheit und Offenheit in gegenseitiger Beziehung, Ausschaltung jeder politischen Reibungsfläche; die ungelöste polnische Frage würde so viel Zündstoff enthalten, daß der Bündnisvertrag sich in größter Gefahr befinden müßte. Deswegen müssen wir eine Verzögerung als höchst unerwünscht betrachten.

So wurde auch die Sache allgemein aufgefaßt; mit der Nachricht von der Kaiserzusammenkunft gelangte auch die Mitteilung zur Veröffentlichung, daß von deutscher Seite Oesterreich-Ungarn „gewissermaßen als Dank für seine Zustimmung zu dem Ausbau des deutsch-österreichischen Bünd-

nisses“ die Lösung der polnischen Frage in dem sogenannten austro-polnischen Sinne angeboten sei.

Kaum war diese Nachricht veröffentlicht, da erfolgte sofort eine ganz entgegengesetzte: nämlich daß die Lösung der polnischen Frage im austro-polnischen Sinne so gut wie abgetan ist. „Auch in den maßgebenden politischen Kreisen in Wien — lasen wir in angesehenen Zeitungen — ist man von diesem Gedanken mehr und mehr abgekommen, so daß derselbe heute an der Donau kaum ernstliche Vertretung mehr findet. Das gleiche gilt für Polen, wo das austropolnische Problem vollkommen in den Hintergrund getreten ist. Das Ziel, auf welches jetzt das Streben der maßgebenden politischen Kreise in den beiden Kaiserreichen wie in Polen gerichtet ist, geht auf eine möglichst enge wirtschaftliche Anlehnung Polens an Deutschland und Oesterreich-Ungarn unter selbstverständlicher Voraussetzung eines freundschaftlichen politischen Verhältnisses Polens zu den beiden Kaiserreichen hinaus.“

Im letzten Augenblick vor Schluß dieser Nummer bringt eine Wiener polnische Presseagentur folgende Meldung:

„In letzter Zeit ist sowohl in der reichsdeutschen als auch in der polnischen Presse die Nachricht verbreitet worden, daß die österreichisch-polnische Lösung bei der jüngsten Monarchenzusammenkunft im Großen Hauptquartier fallen gelassen worden sei. Die polnische Presseagentur erfährt demgegenüber von unterrichteter Seite, daß dies überhaupt nicht der Fall und daß auf österreichisch-ungarischer Seite kein Grund vorhanden sei, auf die österreichisch-polnische Lösung zu verzichten. Die Verhandlungen über die Zukunft Polens werden in der nächsten Zukunft wieder aufgenommen werden und zwar anläßlich der bevorstehenden Einzelverhandlungen über die Vertiefung und den Ausbau des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses. Als Richtschnur bei diesen Besprechungen dürfte der Grundsatz dienen, eine beide Seiten befriedigende und den polnischen Wünschen Rechnung tragende Lösung zu finden. Daß hierbei die zuständigen Stellen der polnischen Nation Gelegenheit haben werden, die Wünsche

des polnischen Volkes entsprechend zu vertreten, unterliegt keinem Zweifel.“

Die letzte Nachricht scheint aus österreichischer Quelle herzustammen. Von der berufensten Seite, nämlich vom polnischen Ministerpräsidenten Herrn Steczkowski, erfahren wir — laut Depesche vom 23. d. M. —, daß die polnische Regierung keinerlei Nachrichten darüber besitze, ob irgendwelche definitive Entscheidungen über Polen bereits getroffen worden seien. Im Bewußtsein ihrer Pflicht habe die polnische Regierung vor drei Wochen das Mindestmaß dessen zur Kenntnis der Okkupationsmächte gebracht, was sie in politischer, territorialer und wirtschaftlicher Beziehung für die Zukunft Polens als unerläßlich erachte. Infolge dieses offiziellen Schrittes erhielt die Regierung die Mitteilung, daß die Okkupationsmächte in nächster Zeit an die Regelung der polnischen Frage herantreten werden. Daß dies ohne Mitwirkung der Polen nicht geschehen werde, unterliege wohl keinem Zweifel. Alle Gerüchte über die eine oder andere Art der Lösung der polnischen Frage sowie über angebliche Gebietsschmälerungen beruhen demnach — er wolle es hoffen — auf willkürlichen Kombinationen.

Es ist nun klar, daß die Nachrichten über die bereits erfolgte oder „abgetane“ Lösung — Stimmungsmache waren, und daß die verbündeten Regierungen an die Regelung erst heranzutreten gedenken. Mit welchen Absichten und Plänen, ist natürlich nicht bekannt; immerhin darf angenommen werden, daß sie weit davon entfernt sind, was die Annexionisten zuletzt durch ihr Sprachrohr, Herrn Georg Cleinow, (vgl. „Poln. Bl.“ Nr. 94 S. 101) in ihrem Programm verlangen. Denn das weiß jeder denkende Mann, daß unter den Polen, die die Bestimmungen des — wie jedermann heute in Deutschland zugibt — voreiligen Friedensvertrages mit der Ukraina betreffs Chełm nicht anerkennen, sich kein einziger verantwortlicher Mann findet, der die geringste Forderung der Annexionisten unterschreiben würde. Daran ist nicht zu denken, und sollten Verhandlungen betreffs der Regelung unserer Frage eingeleitet werden, an denen sich die Polen überhaupt beteiligen können, so müßten sie auf einen Boden gestellt werden,

auf dem neben den berechtigten Interessen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auch genügend Raum für die polnischen vorhanden ist. Prinzipiell muß gesagt werden, daß es für die Polen keine österreichisch-polnische und keine deutsch-polnische Lösung gibt, sondern eine polnische, und daß das Bestreben jedes polnischen Politikers dahin geht, diese Lösung in Einklang mit den Interessen beider Zentralmächte zu bringen. Oder besteht zwischen diesen Mächten ein Gegensatz? Wir hüten uns, ihn zu konstruieren, und es wäre gut, wenn die deutsche Presse dies edle Werk den Entente-Politikern überlasse, besonders wenn vom Ausbau und der Vertiefung des Bündnisses die Rede sein soll.

Ueber den Inhalt der polnischen Wünsche haben wir schon so oft gesprochen, daß eine Wiederholung eigentlich unnötig wäre. Der aktuelle Augenblick verlangt aber präzise Stellungnahme; es drängen dazu noch andere Momente, die mit der polnischen Frage in direkter Beziehung stehen. So lesen wir in den letzten Tagen viel von der bevorstehenden Entscheidung über Litauen. Ueber welches Litauen? möchten wir ergebenst fragen. Die Grenzen dieses Litauen sind bis zum heutigen Tage etwas unklar. Gehört zu Litauen etwa auch das Gouvernement Suwałki? Staatsrechtlich bildet es aber bis jetzt einen Bestandteil des Königreichs Polen; sollten Aenderungen vorgenommen werden, so kann dies — wenn von einem Gewaltakt nicht die Rede sein soll — nicht ohne Einwilligung der Polen geschehen, und diese könnten mit sich vielleicht über die vier nördlichen Kreise dieser Provinz und nur gegen territoriale Entschädigung reden lassen. Ist ferner der Beschluß über Wilno — dessen polnischer Charakter von niemandem geleugnet wird — bereits endgültig? Was geschieht mit Białystok, Grodno, die ethnographisch und wirtschaftlich zweifellos zu Polen gehören?

Hier und im „Korridor", der zu dem von der polnischen Armee Dowbor Muśnicki besetzten Gebiete Weißruthenien führt, ist eine Reihe von Möglichkeiten gegeben, die für die polnische Zukunft und auch für Deutschlands Interessen von erheblicher Bedeutung und gar nicht von entgegengesetzter Tendenz sind. Als Ausgangspunkt dieser Interessen

dient natürlich die Integrität des Königreichs, an der in der Ueberzeugung eines jeden Polen der Vertrag mit der Ukraina nicht rütteln konnte.

Wenn die „Post“ die Ukraina verteidigt und uns „die Politik der Vorteile auf Kosten anderer“ vorwirft, so ist das sehr rührend; aber seit wann ist denn die Politik der „Post“ von einem so selbstlosen Idealismus getragen? Wir verlangen nicht nach fremdem Gut, nur unser eigenes, das seit einem halben Jahrtausend polnisch war und dessen polnischen Charakter — wie er bis heute im Chełmer Lande, in Wilno, Białystok und Grodno hervortritt — auch hundert Jahre russischer Herrschaft nicht verwischen konnten. Wenn von einem Bündnis mit Polen die Rede ist — und wir vertreten diese Idee seit Jahren —, kann über diese Angelegenheit nicht zur Tagesordnung geschritten werden, wie andererseits die Frage Galizien einer gründlichen Prüfung unterzogen werden müsse. Je weniger Unklarheit und Unzufriedenheit der Bündnisvertrag hinterlassen wird, desto dauerhafter wird seine Verwirklichung sein. Und darauf sollte es doch ankommen.

Ein besonderes Kapitel für sich bilden die in Betracht kommenden wirtschaftlichen Beziehungen Polens zu den Zentralmächten. Beachtenswerte Studien hat darüber Abg. Gothein veröffentlicht, leider in Verbindung mit einer undurchführbaren politischen Idee. Herrn Georg Cleinow gebührt das Verdienst, alle Forderungen und Appetite der Annexionisten gesammelt und gleich einer Herde wilder Raubtiere in seinem bekannten Vortrag am 2. Mai d. J. auf die Polen losgelassen zu haben. Dies Dokument wurde darauf in dem „Grenzboten“ veröffentlicht, zu ewigem Angedenken daran, wie in manchen Kreisen Deutschlands im 20. Jahrhundert, nach vier Jahren der gräßlichsten Prüfungen, die doch die Volksseele läutern sollten, gedacht und geplant wurde.

Ueber das wirtschaftliche Moment sprach also dieser Redner des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden:

„Die Quellen des polnischen Hasses (? Poln. Bl.) gegen uns liegen heute nicht so sehr in der Erinnerung an die Tei-

lungen, wenn diese auch in der Literatur eine gewisse Rolle spielt, sondern in dem wirtschaftlichen Streben der Polen, bei dem sie, abgesehen von den Juden, vor allen Dingen auf den für den Wirtschaftskampf besser vorbereiteten Deutschen stoßen.“ „Dabei ist die Feindschaft in dem Maße gewachsen, wie deutsches Kapital in Russisch-Polen eine Exportindustrie ins Leben gerufen hat. Somit ist zu erwarten, daß die Stimmung friedlicher wird, wenn wir uns beim Wiederaufbau der Industrie in Polen möglichst zurückhalten und den Polen Gelegenheit geben, sich auf dem Gebiet auszuleben, wo sie nicht nur unsere Konkurrenz zu fürchten haben, wo wir ihnen sogar im eigensten Interesse behilflich sein können, voranzukommen: in der Landwirtschaft, mit besonderer Beschränkung auf die bäuerliche.

„Ich denke mir, daß das neue Polen als reines Agrarland auf bäuerlicher Grundlage dank seiner Fruchtbarkeit eine Zukunft ungeheueren Wohlstandes vor sich hätte. Ich könnte mir am Mittellauf der Weichsel ein polnisches Flandern denken mit guten Straßen, freundlichen Landstädten und einer lediglich aus dem Bedürfnis des Landes selbst hervorgegangenen Industrie.“ „Die wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland hätte nach dem Gesichtspunkt zu erfolgen, daß Polen interessiert bleibt, seine Landwirtschaft aufs höchste zu entwickeln und nur eine aus der Landwirtschaft natürlich herauswachsende Industrie ins Leben zu rufen.“

Es verlohnt sich nicht, auf die Analyse der Historiosophie des Herrn Cleinow einzugehen; das, worauf es ihm ankommt, ist — wie offen ausgesprochen wird — eine totale Beraubung Polens von seiner Industrie, um aus dem Lande ein Ausbeutungsobjekt mancher deutschen Industriekreise zu machen. Deswegen sollen sämtliche poln. Industriebezirke annektiert und mit deutschen Elementen besiedelt werden; das bei Polen verbleibende Gebiet malt der gute Herr Cleinow uns als ein idyllartiges Agrarland vor, mit jeder politischen Wirksamkeit entbehrenden, zufriedenen, fetten, gutmütigen Bauern, die von den Freunden des Herrn Cleinow gepflegt werden, so wie manche Indianer-Häuptlinge die zum Abschlachten gefangenen Gegner fütterten und pflegten.

Aus dieser Idylle wird aber nichts werden. Die polnische Industrie hat im Kriege viel gelitten, das Textilgewerbe ist fast total lahmgelegt (vergl. den Aufsatz „Die Zukunft der polnischen Textilindustrie“ in unserer heutigen Nummer); es sind aber noch gesunde Ansätze, ein großer Arbeiterstamm, alte Verbindungen und Erfahrungen vorhanden, und die polnische Industrie wird sich nicht totschlagen lassen. Die Pläne des Herrn Cleinow, hinter denen der Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden steht, liefern Material denjenigen polnischen Kreisen, die behaupten, daß die Ruinierung der polnischen Industrie während der Kriegsjahre nicht aus Kriegsnotwendigkeit, sondern aus ganz anderen Gründen erfolgt sei; wir glauben aber nicht, daß diese Gründe für weitblickende Politiker und für die deutsche Reichsregierung maßgebend sein werden. Soll Polen ein Bundesgenosse sein, der manche Verpflichtungen übernehmen und ihnen nachkommen könnte, so muß er kräftig und leistungsfähig bleiben; die Ermöglichung des Aufbaus der polnischen Industrie und die Möglichkeit ihrer weiteren Entwicklung durch Abschluß eines auch den Zugang zum Meere (Regulierung der Schifffahrt auf der Weichsel, Freihafenplatz) gewährleistenden Handelsabkommens, ein System von Uebergangszöllen gegen Ost und West, müßten die Grundlagen des wirtschaftlichen Bündnisses bilden.

Es ist dies nur ein Bruchteil der vitalsten Fragen, die bei der Regelung der polnischen Frage in Betracht kommen. Wir glauben, es wäre gut, wenn sie von der deutschen Presse aufgenommen und ernst und gründlich erörtert würden, um den Unterhändlern Material und dem Publikum eine entsprechende Vorbereitung für das Kommende zu liefern. Damit wird den beiderseitigen Interessen besser gedient werden, als mit all den Stimmungsbildern und, sagen wir gelinde, Einseitigkeiten, mit denen jetzt größtenteils gearbeitet wird. Deutschland hat ja in der letzten Zeit mehrere Friedensverträge geschlossen; wenn man die öffentliche Meinung beobachtet, gewinnt man den Eindruck, daß diese Verträge im deutschen Volke wenig Zufriedenheit, dagegen das Gefühl ausgelöst haben, daß im Osten viel auf Sand geschrieben

wurde. Neben allen auf diesem Band gebauten Neugründungen ist doch Polen das stärkste und wichtigste Staatselement, der Angelpunkt und Schlüssel zu allen osteuropäischen politischen Gebilden. Hoffen wir, daß es zu einem Frieden mit Polen kommt, und zwar nicht zu einem auf Sand geschriebenen.

Polen und das Chelmer Land.

Der geschätzte Verfasser sendet uns den nachfolgenden Aufsatz als „Stimme eines gerecht urteilenden deutschen Katholiken“.

Die Aufregung, welche die im Brester Friedensvertrage enthaltene Bestimmung von der Angliederung des Chelmer Landes an die Ukraina innerhalb der polnischen Gesellschaft hervorgerufen hat und die u. a. in der Demission des polnischen Ministeriums Kucharzewski und des österreichischen Statthalters Graf Szeptycki in Lublin sowie in einem scharfen Protest des österreichischen Polenklubs und schließlich noch in einer Kundgebung des polnischen Episkopats zum Ausdruck kam, legt es nahe, einige Rück- und Ausblicke auf das schwergeprüfte Chełmer Land zu werfen.

Dieser weder durch Naturschönheiten noch besondere Bodenschätze ausgezeichnete Landstrich bildet das Grenzgebiet, wo Polen und Ruthenen sich berühren. In alter Zeit war die Sprache der beiden Slawenstämme noch viel ähnlicher als heute, so daß alte Chronisten, wie Nestor, von einem Volke an den Gestaden des Dnjepr und der Weichsel reden.

Das von Władimir dem Apostelgleichen († 1015) gegründete blühende Dnjeprreich verfiel bald infolge der Tatarennot und der Teilungen unter seine Söhne.

Im dreizehnten Jahrhundert wird das halitscher wolhynische Teilfürstentum von dem tatkräftigen Danylo regiert. Der Ueberfälle der Tataren wegen begründet er die mehr nach Westen gelegene befestigte Stadt Chełm (alt-slawisch Cholm = Hügel) und verlegte seine Residenz und auch den Bischofssitz hierher. Es geschah dies ums Jahr 1233. Nach

dem Tode Danylos sank die Stadt, die häufig ihre Herren wechselte, von ihrer Höhe. Sie stand abwechselnd unter ruthenischer, litauischer, masowischer und polnischer Herrschaft. Im Jahre 1390 vereinte die polnische Königin Hedwig das Land mit Polen, mit dem es nun volle vierhundert Jahre vereint blieb. Selbst nach den Teilungen Polens wagten die Russen nicht, es aus dem Verwaltungsgebiet des Königreichs Polen auszuscheiden, und der Wiener Kongreß von 1815 anerkannte das Chełmer Land förmlich als Bestandteil Kongreßpolens. Erst die russischen Nationalisten mit dem bekannten Chełmer Bischof Eulogius an der Spitze setzten zu Russifizierungs- und Schismatisierungszwecken die Errichtung des neuen Gouvernements Chełm durch, das sie aus Teilen des Gouvernements Siedlce und Lublin zusammensetzten. Zur Begründung ihrer Neuerungen führten sie den Umstand ins Feld, daß namentlich in den südlichen Kreisen viel ruthenisch, oder wie sie unterschiedslos sagen „po russki“ — was sowohl russisch als ruthenisch bedeuten kann — gesprochen würde und daher der Polonisierung ein Damm entgegengesetzt werden müßte. Ferner bekenne sich ein großer Teil der Bewohner des Chełmer Landes zur orthodoxen Kirche. Daß es sich hier um Zwangsbekehrte und deren Nachkommen handelte, wurde wohlweislich verschwiegen.

In den Jahren 1874 und 1875 war nämlich die unierte Diözese Chełm mit Feuer und Schwert in eine schismatische Eparchie verwandelt worden; Geldstrafen, Gefängnis, die Nahajka, Auseinanderreißung der Familien, Verbannung, Erschießen waren, wie ehedem in Weißruthenien und Wolhynien, so auch im Chełmer Lande die Bekehrungsmittel des Zarismus und Schismas. Den heldenhaftesten Widerstand leisteten die polnischen Bewohner der nördlichen Landschaft Podlachien, weniger standhaft waren die Bewohner der südlich gelegenen Kreise, wo teilweise das Ruthenische vorherrschte.

Die ruthenische oder, wie man neuerdings sagt, die ukrainische Sprache hatte im Chełmer Lande und weit mehr noch in Podlachien den Charakter einer unterge-

ordneten Bauernsprache, eines häuslichen Dialekts, da die Gutsbesitzer und auch die städtische Intelligenz Polen waren. Alles verstand hier polnisch, und nur im Anschluß an die katholischen Polen konnten die Unierten ihren Glauben retten. Daher waren auch Predigt und Gesang polnisch. Auf die Frage, ob sie Polen oder „ruskije" seien, erwiderten die Unierten ohne Zögern, daß sie Polen wären. Dadurch setzten sie sich den schwersten Mißhandlungen aus. Hätten sie sich jedoch als „russkije" bezeichnet, so wären sie ohne weiteres sofort auch der Kirche der „russkijs" zugeführt worden.

Diese Ausführungen sind durchaus notwendig, um die Verhältnisse im Chełmer Lande richtig einschätzen zu können. Die Polenfeindschaft und der politische Radikalismus der galiziscehn Ukrainer waren hierzulande gottlob eine unbekannte Erscheinung.

Nach Erlaß des Toleranzediktes von 1905 traten dann die zwangsbekehrten ehemaligen Unierten Podlachiens massenhaft zur katholischen Kirche über, zum Teil auch in den südlichen, mehr ruthenischen Kreisen des Chełmer Landes. Aber wohlgemerkt zum lateinischen Ritus, denn den uniertgriechischen hatte die zarische Regierung ja selber ausgerottet.

Damit vollzog sich auch eine weitere freiwillige Polonisierung der ehemaligen Unierten, denn polnisch und römisch-katholisch sind in diesem Lande so gut wie gleichbedeutende Begriffe.

Nun sollte das neue Gouvernement Chełm die ehemaligen Ruthenen und Unierten und wohl auch die römischen Katholiken dem Russentum und dem Schisma zuführen. Eulogius und die Bureaukratie arbeiteten mit Hochdruck, so namentlich auch vermittels verlogener Preßerzeugnisse.

Den Katholiken war die Errichtung des einen agressiven Charakter tragenden Gouvernements Chełm im höchsten Grade verhaßt. Man sprach und schrieb viel von der vierten Teilung Polens. Das neue Gubernium sollte nämlich aus dem Verbande des Königreichs Polen losgelöst

und dem General-Gouvernement Kiew unterstellt werden. Der bekannte polnische Schriftsteller Władisław Reymont gibt in seiner künstlerischen Novelle „Aus dem Chełmer Lande“ seine Eindrücke und Wahrnehmungen sehr wirkungsvoll wieder.

Da brach der Weltkrieg aus, und mit dem Vorrücken der Mittelmächte verschwand Eulogius mit seinem Stab von Popen und Tschinowniks. Wunderbar: die verzweifelte, riesig kostspielige Russifizierungsarbeit von Jahrzehnten war mit einem Schlage wie weggeblasen. Und die schismatischen Bauern des Chełmer Landes — die russische Regierung hatte in letzter Zeit auch großrussische Kolonisten dort angesetzt — wurden von den besorgten russischen Truppen mitgeführt, was im Hinblick auf die russischen Verhältnisse nichts anderes besagen konnte, als die Ansiedler dem Elende preisgeben.

War das schismatische Element im Gouvernement Chełm schon bisher bedeutend in der Minderheit, so sollte es nach der Aussiedlung der Orthodoxen auf ein Minimum zurückgehen. Die römisch-katholische polnische Bevölkerung war fast vollzählig in der Heimat verblieben. Infolgedessen verschoben sich die Konfessionsverhältnisse des Chełmer Landes noch mehr zuungunsten der Schismatiker.

Nach der russischen Statistik von 1906 zählte von den jetzt der Ukraina ganz oder zu ¾ zuerkannten Kreisen der Kreis Biłgoraj unter 125 000 Einwohnern 78 000 Polen und 14 000 Juden. Im Kreise Krasnystaw befanden sich auf 133 000 Einwohner 7% Orthodoxe. Der Kreis Zamość wies bei 155 000 Einwohnern 9% Orthodoxe auf, die Kreise Radzyń 4½%, Konstantynow 11%, Lukow 0,7%. Insgesamt lebten damals, abgesehen von den Juden, 47% Polen und 36% Ruthenen im Gouvernement Chełm. Katholische Religion und polnische Nationalität decken sich, wie bereits erwähnt, in dieser Gegend im großen und ganzen.

Nach einer im Jahre 1916 von der österreichischen Regierung vorgenommenen Statistik der sechs östlichen Kreise des Gouvernements Lublin fielen in den jetzt der Ukraina

zugesprochenen Kreisen auf 100 christliche Einwohner in Biłgoraj 97,55, Chełm 79,01, Hrubieszow 91,12, Krasnystaw 99,26, Tomaszow 93,58 und Zamość 98,21% Polen. Angenommen, daß sämtliche ausgesiedelten Ruthenen bzw. Orthodoxe nach dem Chełmer Lande zurückkehren sollten, was sehr zu bezweifeln ist, dann würde die katholische polnische Bevölkerung noch immer eine ansehnliche Mehrheit behalten.

Wie hocherfreut war die Bevölkerung des Chełmer Landes, als sie nach dem Abzug der Russen in religiöser und nationaler Beziehung frei aufatmen konnte und die österreichische Regierung die noch nicht durchgeführte Neueinrichtung des Gouvernements Chełm als außer Kraft erklärte und den vorhergehenden Zustand wiederherstellte!

In spontanen Kundgebungen hatte die Bevölkerung sich entschieden für das Verbleiben bei Polen ausgesprochen — die unter Beeinflussung abgegebenen Gegenerklärungen der nach Südrußland Ausgesiedelten und der in die ukrainischen Lager geratenen Gefangenen aus dem Chełmer Lande konnten diesen Tatbestand nicht umstürzen.

Auch nicht die Agitationsreisen ukrainischer Propagandisten und die massenhafte Verteilung nationalistischer Flugschriften, welche im Chełmer Lande die radikale Agitation nach galizischem Vorbilde anzufachsen suchten. Ebensowenig konnte die unter der Obhut der Militärbehörde in Biała in Podlachien herausgegebene nationalistische Ukrainerzeitung „Ridne Slowo“ dem wirklichen Stand der ethnographischen Verhältnisse Abbruch tun.

Also weder aus geschichtlichen noch ethnogaphischen Rücksichten rechtfertigt sich die Losreißung des Chełmer Landes vom Königreich Polen. Warum hat man denn nicht wenigstens in bestimmter Form die vorherige Abstimmung der interessierten Bevölkerung zu der Frage festgelegt?

„Kleine Ursachen, große Wirkung.“ Der Wille der ukrainischen Nationalisten, die polenfeindliche Grundstimmung alldeutscher Politiker und Preßorgane und dann die wirtschaftliche Notlage haben unter Ausscheidung

der maßgebenden polnischen Regierungsorgane einseitige Grenzregulierungen vorgenommen, die von folgenschwerer Bedeutung sind. Polen war auf dem besten Wege, sich mit den gegenwärtigen Verhältnissen abzufinden. Und nun opfert man die immerhin realeren polnischen Sympathien dem noch nebelhaften, unsicheren, sozialistischen Staatsgebilde der Ukraina!

Der Bug bildet die natürliche östliche Grenze des Chelmer Landes nach Wolhynien hin, und sie hatte auf dem Wiener Kongreß von 1815 ihre Sanktionierung erfahren. Die Buggrenze bildete die Mindestforderung der Polen, da manche Kreise noch den Anschluß Wolhyniens an Polen verlangten, wo polnischer Großgrundbesitz und abendländische Kultur vorherrschen und wo gegenwärtig gegen 40% der Gesamtbevölkerung polnisch und römisch-katholisch sein sollen. Und nun opfert man den vergilbten historischen Reminiszenzen der Ukrainer aus dem dreizehnten Jahrhundert zuliebe das Chełmer Land einem östlichen Staatswesen, das seine Lebensfähigkeit erst zu beweisen haben wird! Konnten die Ukrainer der gutnachbarlichen Beziehungen mit Polen wegen nicht auf Chełm verzichten, da die Großrussen auf das auch für sie heilige Kiew verzichten müssen? Die Ukrainer haben ja ohnehin durch Kolonisierung der ehedem mongolischen Steppengebiete ihre ethnographischen Grenzen um hunderte Quadratkilometer nach der Wolga hin vorgerückt.

Die Losreißung des Landes der Tränen und des Martertums von Polen kommt einer Sezierung des Herzens gleich, mit der sich die Polen nie und nimmer abfinden können. Die Demission der polnischen Minister, die Proteste des Regentschaftsrats, des Magistrats und dann die gewichtige Kundgebung des Episkopats beweisen es.

Aehnlich wie hier in dem „unabhängigen" Polen verfährt man in dem erst ins Leben zu rufenden litauischen Staatsgebilde gegen die Polen. Obwohl sie dort den intelligentesten Teil der Bevölkerung und reine polnische Bezirke bilden, obwohl sie an Zahl den höchstens zwei Millionen ausmachenden Litauern mindestens gleichkommen, werden sie

bei der Neuordnung der Verhältnisse vollständig beiseite geschoben. Wilno ist eine überwiegend polnische Stadt, es gibt dort insgesamt etwa 4000 Litauer, die Umgegend ist noch mehr polnisch, und trotzdem stellt man Wilno als Hauptstadt der Litauer hin! Selbst in wissenschaftlichen Werken kommt diese Vergewaltigung der Tatsachen zum Ausdruck, indem man das jahrhundertealte polnische Kulturelement geflissentlich ignoriert und es den — Tataren nachstellt. Zu zwei Dritteln litauisch ist nur das Gouvernement Kowno und zur Hälfte das Gouvernement Suwałki. Man sollte also nicht fortwährend von polnischem Undank reden und einmal die berechtigten Klagen der Polen zur Kenntnis nehmen. Durch die einseitige Propagierung der junglitauischen und ultraukrainischen Bestrebungen seitens der Alldeutschen und Vaterlandspartei werden ganz naturwidrige Verhältnisse geschaffen.

Ebenso wie durch die Identifizierung der politischen russischen Verhältnisse mit den ethnographischen werden auch durch die Verquickung des politischen und ethnographischen Begriffs „Litauen" die schwersten Irrtümer heraufbeschworen. In den weiten Gebieten des ehemaligen Großherzogtums Litauen, in dem übrigens die weißruthenische Sprache die Sprache des Hofes und der Gebildeten war, die in der Folge durch das Polnische abgelöst wurde, bildeten die Weißruthenen die große Mehrzahl, und so ist es bis heute in dem sogenannten Westrußland — wozu noch die Gouvernements Mińsk, Mohilew, Witebsk gehören — der Fall. Der östliche Teil des Gouvernements Grodno ist ethnographisch und kulturell polnisch, und sollte daher zum Königreich Polen geschlagen werden. Die maßgebenden Behörden kennen die berechtigten Forderungen der Polen ganz gut, sie setzen sich im Hinblick auf das Bestreben, Polen unbedeutend und einflußlos zu erhalten, jedoch darüber hinweg.

Nun zum Schluß noch ein Wort über die kirchlichen Verhältnisse des Chełmer Landes. Wie hocherfreulich das Wiederaufleben der unierten Kirche für Ruthenien und Rußland auch sein möge — das Chełmer Land

sollte hierbei nicht in Betracht kommen. Nachdem die zarische Regierung die letzte unierte Diözese Chełm in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts vernichtet hatte, verblieb den Unierten nur noch der Anschluß an den lateinischen Ritus offen. Als ihnen dieses durch den Erlaß des Toleranzedikts von 1905 vorübergehend freistand, wurden sie in Massen römisch-katholisch. Durch die Bluttaufe der siebziger Jahre haben sich die Unierten ihren römischen Katholizismus und ihr Polentum redlich verdient. Sie zeigen keine Lust mehr, zum griechisch-unierten Ritus, der mit dem russischen so ziemlich übereinstimmt, zurückzukehren, weil der lateinische Ritus ihnen größere Sicherheit vor dem Schisma gewährt, und überdies wohnen sie ja mit und unter römischen Katholiken zusammen. Man sollte daher das Experiment der künstlichen Wiederbelebung der Union für diese Gegend als überflüssig und schädlich aufgeben.

Ohne den Entscheidungen der kirchlichen Obrigkeit irgendwie vorgreifen zu wollen, würden wir vorschlagen, die ehemalig unierte, dann schismatische Eparchie in eine römisch-katholische Diözese umzuwandeln, wie solche schon einmal dort neben der griechisch-katholischen bestanden hat. Der Bug sollte auch für die beiden Riten die Grenze bilden und etwaige zerstreute Unierte des Chełmer Landes könnten sehr gut einer griechisch-katholischen Eparchie in dem nahen Brest-Litowsk unterstellt werden. Im andern Falle würden rituelle und pastorale Reibereien die Eintracht der Katholiken des Chełmer Landes gefährden.

Eine erfreuliche Wirkung hat die neue Teilung Polens freilich ausgelöst: die sprichwörtliche Uneinigkeit der Polen ist gänzlich geschwunden, die Preßorgane sämtlicher Parteien, nicht zum mindesten die der deutschfreundlichen, sind ob der neuen Kränkung, die um so unerwarteter kam, als sie entgegen den Versprechungen maßgebender Persönlichkeiten erfolgte, gewaltig in Harnisch geraten.

Und dann sollten sich die Polen die Informierung der deutschen Presse, besonders auch der katholischen,

mehr angelegen sein lassen. Auf diesem Gebiete sind die Ukrainer und die Litauer weit rühriger.

Wormditt (Ostpreußen). Eugen Buchholz.

Die Zukunft der polnischen Textilindustrie.

Die Textilindustrie spielte vor dem Kriege in Polen die Hauptrolle und bildete fast die Hälfte der ganzen Landeserzeugung.

Trotzdem diese Industrie vornehmlich mit Hilfe ausländischen Kapitals arbeitete — deutschen im Lodzer Revier und französisch-belgischen im Bezirk von Czenstochowa und Sosnowice —, so vermochte sie dennoch, dank ihrer ungeheuren Expansion, jährlich 4½ Millionen Pud Waren im Werte von 420 Millionen Rubel zu exportieren und einen Industrieherd zu bilden, der einen ernsten Faktor im wirtschaftlichen Leben des Landes bedeutete.

Während des Krieges hat die Textilindustrie, wie überhaupt die Industrie in Polen, unermeßliche Verluste erlitten.

Die Fabriken sind durch die Requisitionen vollständig demoliert worden. Ganze Fabrikeinrichtungen sind nach Rußland überführt worden. Es wurde befürchtet, daß die ausgesiedelten Fabriken, nachdem sie sich in die neue Umgebung hineingefunden, nicht wieder nach Polen werden zurückkehren können. Diese Befürchtungen sind, scheint es, wohl zur Gewißheit geworden nach den zahlreichen Experimenten, die die russische Industrie ruiniert haben.

Jetzt stehen nur die Fabrikmauern.

Die Frage drängt sich auf: wird die Textilindustrie sich aus dieser Ruine wieder erheben können? Und vor allem: wird die polnische Industrie überhaupt wieder aufgebaut werden, d. h. wieder zu dem früheren Zustande vor dem Kriege zurückkehren?

Was bedeutet der Wiederaufbau der Industrie in Polen?

Vor allen Dingen müssen die zerstörten Fabrikgebäude wieder aufgebaut werden, und solcher sind sehr viele, z. B. die Ostrowiecer Hüttenanlagen, die Fabriken längs der Wiener

Bahn usw. Dann sind die Fabrikeinrichtungen anzulegen, die Maschinen, die doch nicht billig sein werden, sind zu beziehen. Und schließlich müssen doch auch die Fabriken, wenn sie fertig sein werden, in Betrieb gesetzt werden; dazu sind Arbeitskräfte und Rohstoffe erforderlich.

Die Erlangung einer ausreichenden Anzahl von Arbeitskräften ist eine ungeheuer wichtige Frage. Hierbei drängt sich zugleich die Frage auf: werden wir während der sogenannten Uebergangswirtschaft über genügende Arbeitskräfte verfügen? Wirtschaftliche Konjunkturen, die Aussicht auf niedrige Löhne, der Mangel an zufriedenstellender Sozialpolitik rücken hier eher die Annahme näher, daß wir eher mit einem Abfluß von Arbeitskräften zu rechnen haben werden, was um so ungünstiger sein wird, als unsere Arbeiter gegenwärtig eine flüssige Masse darstellen, die in ihrer großen Mehrzahl sich außerhalb des Landes befindet.

Die Erlangung von Rohstoffen, ohne die keine Inbetriebsetzung der Fabriken stattfinden kann, sehen wir in ziemlich dunklen Persepktiven.

Baumwolle, Wolle befindet sich nur in den Entente-Ländern, außerdem in begrenztem Umfange in Klein-Asien und in Turkestan. Außerdem wird in Großrußland viel Flachs und Hanf kultiviert.

Wir müssen damit rechnen, daß selbst in dem günstigen Falle, wenn wir zu der Rohstoffquelle zugelassen sein werden, wir nur einen kleinen Bruchteil erhalten können, gerade das, was bei den anderen entbehrlich sein wird. Da es aber sehr zweifelhaft ist, ob die internationale Industrie nach dem Kriege auf genossenschaftlicher Grundlage organisiert sein wird, so werden bei der Erlangung von Rohstoffen solche Mächte wie Amerika, England, Deutschland jede Konkurrenz verdrängen. Sollten wir dann schließlich Zutritt zu den Rohstoffen haben, so werden wir doch auch dafür bezahlen müssen. Zu diesem Zweck müssen wir eigene Valuta oder Forderungen an fremde Länder besitzen. Beides ist um so schwieriger, als wir uns erst im Vorbereitungsstadium des eigenen Schatzwesens befinden.

Nach Ueberwindung aller dieser Schwierigkeiten steht dann die polnische Industrie vor dem letzten, entscheidenden, unbekannten Problem: der Eroberung des Absatzmarktes.

Der bisherige russische Absatzmarkt wird von einer „russischen" Industrie, die durch fremdes Kapital finanziert wird, in Besitz genommen werden. Von den Preisschwankungen der amerikanischen Baumwolle abhängig — die Lodzer Industrie hat 1911 hierbei 46 Millionen Rubel verloren —, werden wir mit der Moskauer Textilindustrie, die Baumwolle aus dem Turkestan verarbeitet, nicht konkurrieren können. Die russische Industrie wird Baumwolle an der Hand haben innerhalb des eigenen Zollgebietes, wir werden unsere Baumwolle von Uebersee beziehen müssen und werden von der internationalen Börse und ihren spekulativen Tendenzen abhängig sein.

Die polnische Textilindustrie hat sich dank der russischen Hochschutzzölle entwickelt, trotzdem drohte ihr in zunehmendem Maße die Konkurrenz der Moskauer Industrie. Es drängen sich daher ernste Zweifel auf, ob die polnische Textilindustrie, die jetzt vollständig ruiniert ist, auf dem russischen Markte wird konkurrieren können, ohne gewisse, in den Friedensverträgen zu erlangende Sicherungen.

Außerdem erscheint auch die Konkurrenz mit der deutschen Textilindustrie, die während des Krieges hohe Dividenden zahlte, während die polnische Textilindustrie nur Verluste buchen mußte, nach dem Friedensschluß in sehr problematischem Lichte. Eine Einbeziehung der polnischen Industrie in das Territorium der deutschen und österreichisch-ungarischen Zollpolitik würde Polen gar keinen Nutzen bringen; das gibt auch Gothein offen zu. Die weniger organisierte polnische Industrie müßte sich der wirtschaftlichen Kartellpolitik eines größeren Wirtschaftsterritoriums unterordnen, wofür wir sehr sprechende Beispiele in der Politik der russischen Syndikate „Krowlja", „Prodameta" usw. oder der österreichischen Zucker- und Naphta-Kartelle finden können.

Das Wirtschaftsleben kennt keine Sentimentalitäten. Die Verhältnisse werden hier durch die harte Notwendigkeit regu-

liert, wie sie sich aus der Entwicklung und der Richtung der wirtschaftlichen Expansion ergibt.

Die Aussichten der polnischen Textilindustrie stellen sich daher in ziemlich düsteren Farben dar*).

Die Polen in der Ukraina.

Die Polen in der Ukraina sind eine Macht; das wird durch die Tatsache allein bewiesen, daß die Gegner Polens alles, was polnisch ist, in der Ukraina verfolgen. Einst waren hier die Polen alleinherrschend; die Kosakenkriege seit 1648, die etwa den deutschen Bauernkriegen zu den Zeiten Luthers entsprachen, haben nur die Folge nach sich gezogen, daß ein großer Teil des Landes in russische Hände überging. Die Teilungen Polens haben den Rest unter Rußlands Joch gebracht; das vermochte aber nicht, die Kraft der dortigen Polen zu brechen. Sie beruht auf Ueberlegenheit des polnischen Geistes und auf der polnischen wirtschaftlichen Position im Lande.

Die separatistische, nationale, ukrainische Bewegung ist in der eigentlichen Ukraina sehr schwach; das wird jetzt von niemandem mehr bezweifelt werden. Den ersten Anfängen eines ukrainischen Geisteslebens steht eine alte polnische Kultur gegenüber, die in jedem Hofe eines Landedelmannes eine Stätte, in jeder Stadt eine breite Unterlage hat. Was die wirtschaftliche Kraft des polnischen Elementes in der Ukraina anbetrifft, so genügt es, daran zu erinnern, daß auf die drei sogenannten ukrainischen Gouvernements Wolhynien, Podolien und Kijew 3 000 000 Hektar entfallen. Der in diesen Ländern in polnischem Besitz verbliebene Boden beträgt an 30 000 Quadratkilometer, also mehr als ganz Galizien, zwei Drittel des gesamten Königreiches Polen, zweimal mehr als das ganze preußische Teilungsgebiet. Dieses riesige Gebiet, das hinreicht für den Bau eines bedeutenden Staates, ist zweimal so groß wie die Schweiz und zweieinhalbmal größer als Belgien und befindet sich im unmittelbarsten privaten und

---

*) Wir werden auf diese höchst wichtige Frage noch zurückkommen. Red. der Poln. Bl.

persönlichen Besitze der Polen, bietet 4 000 000 von Volksgenossen eine Werkstatt der Arbeit, für unsere ganze Nation einen notwendigen Stützpunkt in ihrem friedlichen, von jeglicher politischen Tendenz freiem Drange nach Osten, als dem einzigen noch freien Gebiete für die Unterbringung des natürlichen polnischen Bevölkerungszuwachses. Der Wert dieser polnischen Besitzungen mitsamt allem, was sich darauf noch zu Beginn des eben verflossenen Winters befand, also mitsamt den Gutshöfen, Schlössern und Häusern, mit den wirtschaftlichen Einrichtungen, dem Inventar und den Fabriken, wie Zuckerfabriken, Brennereien, Stärkefabriken, nach den gegenwärtigen Preisen berechnet, beträgt mindestens 30 Milliarden.

Numerisch läßt sich die Anzahl der Polen nicht genau bestimmen, immerhin dürfte sie über 1 Million betragen, darunter gehört der überwiegende Teil der Arbeiterklasse, den freien Berufen, den Gutspächtern und Wirtschaftsbeamten an. Ihnen verdankt die Ukraina den bis jetzt so blühenden Stand der Landwirtschaft auf dem Gebiet der Zuckerproduktion.

Diesem Polentum hat das ukrainische geistige oder politische Analphabetentum den Kampf erklärt.

Die Polen sind daran unschuldig. Ihre Führer sind warme Anhänger der Unabhängigkeit des ukrainischen Staates und würden gewiß auch über weitgehende Agrarreformen mit sich sprechen lassen. Daß sie Anhänger des Prinzips des Privateigentums sind, wird wohl niemanden wundern. Die Ukrainer antworteten auf die polnischen Verbrüderungsversuche mit Enteignungen und Pogromen, wobei die barbarischsten, wildesten Instinkte des dortigen Haidamakentums wahrhafte Orgien feiern konnten.

Die Polen haben aber auf ihre Rechte in der Ukraina nicht verzichtet.

Sie organisieren sich gegenwärtig strammer als je zuvor und werden auf der väterlichen Scholle verbleiben.

Bis zum Jahre 1905 hatten die Polen nur eine legale Organisation in der Ukraina, die Landwirtschaftliche Gesellschaft. Von den Polen in der Ukraina hörte man wenig. Nach der russischen Umwälzung entstanden sofort neue Or-

ganisationen und Parteien, neue politische Gruppen, es bildete sich der Rat der Landwirte in Kijew, der Verband der Polnischen Angestellten, der Verband der Landwirte, der Polnische Schulverein, die Volksuniversität, der Polnische Bauernbund, der Bund der Gutsbesitzer usw. In Kiejw entstand ein polnisches Gymnasium, ferner in Winnica und Antoniny. Im April 1917 entsteht das Polnische Ausführungskomitee in der Ukraina. Auf dem Kongreß im Jahre 1917 organisierte sich die Parteigruppierung der Nationalen Arbeit. Die Kommissare des Polnischen Ausführungskomitees gründen gemeinsam mit dem Polnischen Schulverein polnische Schulen, organisieren ländliche und Gemeindekommissariate und Personenkreise, die Polnische Häuser genannt werden. Der Polnische Schulverein organisierte in Podolien während der kurzen Zeit seines Bestehens 448 Schulen, in denen an 30 000 Kinder unterrichtet werden.

Polnische politische Parteigruppierungen existieren gegenwärtig in der Ukraina drei: 1. das sogenannte „Zwischenparteiliche Lager", 2. der lose Verband des Blocks der Nationalen Einheit mit den demokratischen Gruppen und 3. der Verband der Aktiven Nationalen Politik.

Im „Zwischenparteilichen Lager" führt vor allen Dingen Joachim Bartoszewicz, der ehemalige Redakteur des „Dziennik Kijowski", sowie die Herren Jezierski und Berezowski. Ihr Organ ist die Tageszeitung „Przegląd Polski".

Zum Block der Nationalen Einheit gehören folgende Gruppen: die National-Konservative Partei, die Partei der Nationalen Arbeit in Ruthenien und die Partei der Christlichen Demokratie. Vorsitzender des Blocks ist Herr S. Horwat in Kijew und Herr A. Meysztowicz in Petersburg.

Was den Verband der Aktiven Nationalen Politik anbetrifft, so wurde auf der Gründungsversammlung beschlossen, alle Polen, ohne Rücksicht auf Parteistellung, Staatsangehörigkeit und politischer Ueberzeugung, zusammenzufassen, um den Aufbau des polnischen Staates zu fördern und allen Bestrebungen entgegenzuwirken, die diesen Aufbau behindern und eine Anbahnung gutnachbarlicher Beziehungen

zwischen den Polen und ihren Nachbarn nicht zulassen wollen. Vorsitzender des Verbandes ist Herr St. Wankowicz, ehemaliger Dumaabgeordneter; an der Spitze steht ferner das Zentralkomitee und ein Aufsichtsrat.

Der Verband der Aktiven Nationalen Politik hat einen Aufruf an die polnische Gesellschaft erlassen, in dem folgende Ideen zum Ausdruck gebracht werden: „Um dem wiederaufstehenden Polen die staatliche Existenz zu sichern, müssen die polnischen Staatsbürger Disziplin und innere Einheitlichkeit beweisen, müssen sich um ihre rechtmäßige Regierung zusammenschließen, die heute durch den Erlauchtesten Regentschaftsrat repräsentiert wird; alle Elemente, die die Autorität und die Würde des Regentschaftsrates untergraben, müssen bekämpft werden.“

Die Polen sind also organisiert und in jeder Beziehung eine Macht. Trotz der tragischen Erfahrungen der letzten Monate und ihrer Anhänglichkeit an das Mutterland Polen wollen sie gute Staatsbürger der Ukraina sein. Wenn sich die gegenwärtig so aufgeschäumten ukrainischen Leidenschaften gelegt haben werden, werden die Ukrainer selber einsehen, wie wichtig es für sie ist, die polnischen Mitbürger für ihre Staatsidee zu gewinnen. Diese Einsicht bricht sich jetzt schon Bahn. Der in Kijew erscheinende „Dziennik Kijowski“ vom 7. d. M. teilt mit, daß der Generalschreiber der Ukraina (es ist dies ein historischer Titel aus der Zeit des ehemaligen ukrainischen Kosakentums) und Privatsekretär des Hetmans, Oberst Poltawiec-Ostranica, dem Mitarbeiter der genannten Zeitung folgende Informationen gegeben habe:

Die Nationalitätenprobleme werden nicht in dem Sinne der früheren Regierung behandelt werden, wodurch nur gegenseitiges Mißtrauen und Haß hervorgerufen wurden. Es liegt uns sehr daran, meinte Herr Poltawiec, möglichst weite Kreise der Bevölkerung, ohne Unterschied der Nationalitäten, zur schöpferischen Mitarbeit heranzuziehen. Im Verhältnis zu den Polen wie auch zu allen anderen Nationalitäten sichert die Hramota vollständigste Freiheit in allen nationalen und kulturellen Angelegenheiten zu.

Auf die Frage, wie das Ministerium für polnische Angelegenheiten besetzt werden soll, antwortete Herr Poltawiec, daß eigentlich jedes Bedürfnis nach besonderen Nationalitätenministerien entfällt, nachdem alle in der Ukraina lebenden Nationalitäten alle Freiheiten erhalten haben und die neue Regierung keine Politik des gegenseitigen nationalen Antagonismus zu führen beabsichtigt, sondern im Gegenteil, alle Nationen tolerieren will. Es schwebt ein Projekt, wonach bei dem Hetman Sektionen gebildet werden sollen, die aus den verschiedenen Nationalitäten: den Polen, Russen, Kosaken, Tataren usw., bestehen sollen, und die in der Hauptsache diese Nationalitäten repräsentieren sollen.

Was die polnischen Angelegenheiten anbetrifft, so erklärte Herr Oberst Poltawiec, daß die Chelmer Frage im gemeinsamen Einverständnis durch eine gemischte polnisch-ukrainische Kommission gelöst werden soll, natürlich unter Berücksichtigung in erster Linie der Wünsche der dortigen Bevölkerung. Die Ukraina darf mit Polen nicht in Unfrieden leben.

Soviel der Sekretär des Hetmans Skoropadski. Mit dem Hetman oder ohne ihn ist in der Ukraina die Möglichkeit gegeben, Nationalitätenfrieden zu stiften. Und hier ist der springende Punkt: es wäre sehr erwünscht, wenn die deutsche Regierung den Nationalitätenfrieden in der Ukraina fördern möchte und alles vermeiden würde, was diesen Frieden in Frage stellen kann. Die bisherigen Erfahrungen haben wohl überzeugt, daß die chauvinistischen Ukrainer weder ihrem Lande, noch den Zentralmächten viel genützt haben. Die Ausschaltung der Polen hat bei den Getreidelieferungen den Interessen der Zentralmächte sehr geschadet. Die Ausschaltung der Polen im politischen Leben würde das Land seiner reifsten und kulturellsten Kräfte berauben. Eben im Interesse der Unabhängigkeit der Ukraina liegt es, daß die polnischen Einflüsse mit voller Kraft in dem Lande wirksam bleiben.

P. Warszawski.

Die Arbeiten des polnischen Staatsdepartements.

Im Augenblick, wo die Erledigung der polnischen Frage in ihr letztes Stadium tritt, müssen alle Arbeiten, die mit ihr zusammenhängen, das größte Interesse erwecken. Das Polnische Staatsdepartement in Warschau ist diejenige Regierungsinstitution, die sich mit der Behandlung dieser Arbeiten vornehmlich beschäftigt.

Der Leiter und Direktor des Departements, Prinz Janusz Radziwiłł, hat einen Mitarbeiter des „Kurjer Polski" empfangen und ihm eine Reihe wichtiger Aufklärungen gegeben. Wir bringen hieraus folgende Einzelheiten zur Kenntnis unserer Leser:

„Die Hauptaufgabe des polnischen Staatsdepartements besteht in der Vermittlung zwischen den Zentralmächten und der Königl. polnischen Regierung in allen politischen Fragen. Außerdem fällt dem Staatsdepartement die Aufgabe zu, in polnischen Angelegenheiten im Auslande Propaganda zu machen, damit die europäische öffentliche Meinung mit der Politik der polnischen Regierung und überhaupt mit der ganzen Arbeit des Wiederaufbaus der polnischen Staatlichkeit bekannt werde. Damit ist auch der Schutz über die in den neutralen Ländern bereits vorhandenen Bureaus, sowie in Petersburg, Berlin, Wien, Sofia und Konstantinopel verbunden. Wie bekannt, erfüllen diese Bureaus ihre Arbeit unter schwierigen Umständen. Aufgabe des Departements ist es, diese Arbeit zu erleichtern und tunlichst zu erweitern. Besondere Bedeutung gewann die Aktion Lednickis, zu dessen Aufgaben der Schutz der polnischen Untertanen, die Erleichterung der Rückkehr der polnischen Emigranten und das umfangreiche Gebiet der Liquidierung der polnisch-russischen Beziehungen, sowie der Schutz der Denkmäler der polnischen Kultur, die sich noch auf russischem Gebiet befinden, gehören.

„Das politische Staatsdepartement arbeitet gegenwärtig eine Reihe von Entwürfen aus, die dem Staatsrat unterbreitet werden sollen, wobei es sich bemühen wird, diese erste polnische gesetzgebende Institution mit der allgemeinen

nationalen Lage, sowie mit der Entwicklung der polnischen Frage auf dem internationalen Gebiet vertraut zu machen. In Sachen der Auslandspropaganda wird eine Reihe neuer Veröffentlichungen vorbereitet. Im allgemeinen ist zu berücksichtigen, daß es sehr schwer ist, die europäische öffentliche Meinung mit polnischen Angelegenheiten bekannt zu machen, daß diese Arbeit sehr konkret und zweckmäßig und gleichzeitig in einem absolut objektiven Geiste geführt sein muß, denn sonst würde sie keine Resultate ergeben. In dieser Beziehung ist es meine Absicht, mir die Erfahrungen der einzelnen europäischen Staaten schon während des Krieges zunutze zu machen, da von dem Grad des Vertrautseins mit der einen oder anderen Frage, von dem Grad ihrer Popularität auf dem europäischen Markt vieles abhängen kann. Auf dem informatorischen Gebiete müssen die polnischen Auslandsbureaus die Möglichkeit einer sehr weitgehenden Initiative haben und unter stetiger Kontrolle der obersten polnischen Behörde stehen. Deshalb obliegt dem Staatsdepartement die wichtige Aufgabe, eine stetige Verbindung zwischen diesen Bureaus und ihrer Warschauer Zentrale herzustellen. Nach der Einberufung des Staatsrates wird sich die Notwendigkeit ergeben, den informatorischen Dienst im Auslande weiter auszubilden und sämtliche Arbeiten, die die polnische Regierung zusammen mit dem Staatsrat aufnehmen wird, stets zu kommentieren.

„Das Staatsdepartement setzt sich aus vier Abteilungen zusammen. In der allgemeinen Abteilung sind sämtliche Sachen, die den Schutz der polnischen Untertanen im Auslande betreffen, sowie das Rechts- und Nationalitätenreferat vereinigt, mit Ausnahme des jüdischen Referats, das dem Präsidialbureau des Ministerrats angegliedert wurde. Die zweite Abteilung umfaßt sämtliche Fragen unserer ausländischen Bureaus. Die dritte Abteilung ist die volkswirtschaftliche, die volkswirtschaftliche und Handelsentwürfe ausarbeitet. Die Presseabteilung hat die Aufgabe, den publizistischen Dienst der Auslandsbureaus in fremden Sprachen zu besorgen, die Veröffentlichungen des Departements zu redigieren, sowie

dem Ministerpräsidenten und mir über die Auslandspresse zu referieren.

„In Anbetracht der stets zunehmenden Aufgaben wird eine Veränderung der Zusammenzetzung des Departements projektiert, die das Departement befähigen soll, den neuen Aufgaben zu genügen. Hierbei beabsichtigen wir, uns auf ausländische Vorbilder zu stützen, zu welchem Zweck wir an den uns zugänglichen Stellen bereits Erkundigungen eingezogen haben. Aus meinen Ausführungen ergibt sich, daß die Arbeiten des Departements die Absichten der Regierung auf dem Gebiet der äußeren Politik umfassen und — deren schwierigen Bedingungen angepaßt — die Grundlage bilden sollen, auf die die äußere Politik des polnischen Staates sich auch in der Zukunft wird stützen können.“

NOTIZEN.

Politisches.

Ein Missverständnis. (Drahtmeldung.) Warschau, 22. Mai. Der Direktor des polnischen Staatsdepartements, Prinz Janusz Radziwiłł, empfing einen Vertreter des Wolffbureaus, um ihm folgendes zu erklären: „In dem Artikel „Vor dem Ausgleich mit Polen“ (Berliner Tageblatt Nr. 255 vom 21. Mai) teilt Erich Dombrowski mit, daß führende polnische Minister, voran Ministerpräsident Steczkowski, schon nächster Tage in Berlin zu Besprechungen eintreffen würden. Demgegenüber muß das Staatsdepartement feststellen, daß ihm von der beabsichtigten Reise führender polnischer Staatsmänner nach Berlin nichts bekannt ist. In demselben Artikel soll ferner durch Verquickung einer ganzen Anzahl von Unterredungen, welche Erich Dombrowski augenscheinlich in Warschau mit verschiedenen Politikern pflog, der Eindruck erweckt werden, als hätte sich der Direktor des Staatsdepartements für eine ganz bestimmte Lösung der polnischen Frage festgelegt. Gegen eine solche Auffassung muß sich das polnische Staatsdepartement aufs entschiedenste verwahren. Bei der Unterredung mit Dombrowski wies der Direktor des Staatsdepartements lediglich darauf hin, daß nur die Integrität Kongreßpolens von Polen als Basis für jedwede Lösung der polnischen Frage angesehen werden könne. Es ist ferner unverständlich, wenn in dem Artikel die Angliederung ethnographisch-polnischer Gebiete östlich der Bug—Narew-Linie als Kompensation für andere ethnographisch-polnische Gebiete dargestellt werden sollte. Was schließlich die weißrussische Frage betrifft, so wies der Direktor des Staatsdepartements tatsächlich nur darauf hin, daß Polen in

diesem Gebiete weitgehende wirtschaftliche sowie kulturelle Interessen besäße und daher mit großer Sympathie der weißrussischen Unabhängigkeitsbewegung gegenüberstehe, welche den Anschluß an die westeuropäischen Kulturvölker suche.

Die „Gazette de Lausanne“ vom 7. Mai 1918 brachte an leitender Stelle einen Artikel „Les Polonais contre l'Autriche“, der eine Unterredung mit Herrn Marian Seyda von der Lausanner polnischen Presseagentur enthält. Das Polnische Staatsdepartement richtete darauf an das Polnische Pressebureau in Bern folgende Drahtung: „Ermächtigen Sie, unter Berufung auf uns, aufs schärfste Stellung zu nehmen gegen die Ausführungen Seydas in der „Gazette de Lausanne“ vom 7. Mai. Die Einmischung unberufener Emigrationselemente in die Bestimmung der Politik des polnischen Staates ist mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Seydas Ansichten stehen heute in Polen vollkommen vereinzelt da.“

Die „Voss. Ztg.“ versieht obige Notiz mit folgender Bemerkung: „Bemerkt sei, daß Herr Seyda nicht der deutsche Abgesandte ist, sondern ein seit langem im Dienste der Entente stehender Emigrant. Der erwähnte Artikel forderte die Entente zur Zerstückelung Oesterreich-Ungarns auf. Das Warschauer Dementi kann freilich nicht darüber täuschen, daß eine auf die Freundschaft Polens bauende Politik weder jetzt noch in der Zukunft festen Grund hat.“

Das — müssen wir hinzufügen — mag wohl teilweise richtig sein, aber daran ist eben nur solche Polenpolitik, wie sie die Vossische treibt, schuld.

Kleine Anfragen an Herrn Georg Cleinow. In Nr. 19 des „Grenzboten“ befindet sich eine Wiedergabe des Vortrages des Herausgebers, Herrn Cleinow, gehalten im Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden am 2. Mai 1918.

In diesem Vortrage stellt Herr Cleinow eine Reihe von Behauptungen auf, für die er die Beweise schuldig bleibt.

Nach Herrn Cleinow (Seite 140) „sind die Polen d a s B ü n d n i s mit Rußland eingegangen und waren nach langen diplomatischen Kämpfen im Jahre 1912 bereit, dafür folgendes zu zahlen:

1. die Preisgabe ihrer Ansprüche auf Litauen und Weißrußland, wo sie zwar kulturellen Einfluß hatten, aber politisch längst ausgeschaltet waren,
2. die Preisgabe des Gouvernements Suwałki und des Chełmer Landes, endlich
3. die Preisgabe aller Ansprüche auf das erst zu erobernde Ostgalizien.“

Ferner sagte Herr Cleinow (auf der gleichen Seite):

„I n a l l e r E r i n n e r u n g i s t n o c h d e r d r e i s t e V e r s u c h d e s W a r s c h a u e r R e g e n t s c h a f t s r a t e s, e i n e

direkte Verbindung mit dem Präsidenten Wilson herzustellen."

Wir verlangen klare und unzweideutige, auf Tatsachen beruhende Beweise, wann die Polen das Bündnis mit Rußland unter den obengenannten Bedingungen abgeschlossen haben, und wann der polnische Regentschaftsrat eine direkte Verbindung mit Wilson herzustellen versucht hat?

Aus den obigen Prämissen hat die alldeutsche Politik eine Reihe von wichtigen Schlußfolgerungen gezogen. Diese Voraussetzungen müssen also geprüft werden.

Im Interesse der Wahrheit und des öffentlichen Lebens verlangen wir für die obigen Behauptungen sachliche Beweise.

Die polnische Vertretung in Russland. Der Rat der Volkskommissare hat, wie bekannt, seinerzeit den Posten des Präsidenten der polnischen Liquidationskommission beseitigt, was dann den Rücktritt fast sämtlicher Mitglieder der Liquidationskommission zur Folge hatte. Der Fortschritt der Arbeiten der Liquidationskommission wurde aber dadurch durchaus nicht aufgehalten, denn die Arbeiten wurden, wenn auch inoffiziell, unter der Leitung des Präsidenten Lednicki weiter kontinuiert. Der polnische Regentschaftsrat hat nun inzwischen Herrn Lednicki zu seinem Bevollmächtigten in Rußland ernannt. Die Kommission, an deren Spitze Herr Lednicki steht, hat folgende Abteilungen:

1. die Abteilung für Abrechnungen, an deren Spitze der frühere russische General-Kontrolleur, Jan Żarnowski, steht; ihm zur Seite steht der ehemalige Direktor des Eisenbahndepartements im Russischen Finanzministerium, Herr K. Tyczyński;

2. die wirtschaftlich-finanzielle Abteilung, geleitet von Herrn Dr. Leo Wasserberger und Ingenieur Hipolit Gliwic;

3. die Abteilung für Rückwanderer, geleitet von Herrn Barchwic und Ingenieur Tomczyński;

4. die Rechtsabteilung, mit dem Rechtsanwalt, Justizrat Rymowicz, an der Spitze.

Beabsichtigt wird auch die Begründung eines Ressorts für die Uebernahme des polnischen Besitzes an Kunst- und Kulturgütern, die während des ganzen vergangenen Jahrhunderts durch die zarischen Regierungen aus Polen weggebracht wurden.

Die Abteilung für die Rückwanderer führt ihre Arbeiten im engen Kontakt mit den polnischen Hilfsorganisationen für die Opfer des Krieges. Die wirtschaftlich-finanzielle Abteilung soll die in Rußland investierten polnischen Kapitalien für die Heimat wiedergewinnen und alle Materialien für die Gestaltung der zukünftigen Beziehungen zwischen Polen und Rußland vorbereiten. Auch die Begründung einer Polnischen Handelskammer in Rußland wird vorbereitet.

Der Vatikan und Polen. Der Pariser „Temps" berichtet, dass die in der Presse aufgetauchten Nachrichten über eine angebliche Ernennung des Monsignore Ratti zum päpstlichen Legaten für Polen nicht ganz richtig sind. Diese Ernennung zieht durchaus nicht eine Anerkennung Polens in seinem gegenwärtigen Zustand nach sich. Papst Benedikt XV. wird keinen der neugebildeten Staaten anerkennen, bevor nicht der jetzige Krieg beendigt sein wird. Besonders hinsichtlich Polens wäre eine solche Anerkennung zugleich auch eine Sanktionierung des Brester Vertrages, was natürlich ganz ausgeschlossen sein muß. Der Gesandte des Vatikans in Polen, Monsignore Ratti, hat den Auftrag, sich durchaus nicht an die vorübergehenden Kriegsmaßnahmen zu kehren.

Adresse an den Regentenschaftsrat. Der Regentenschaftsrat erhielt aus Smolensk folgende Huldigungsadresse: „Die Teilnehmer des ersten polnischen Kongresses der Tierärzte in Smolensk, von den Empfindungen der höchsten Liebe für das Vaterland getragen, sind in jedem Augenblick bereit, für das Wohl, die Größe und Macht des Vaterlandes die größten Opfer zu bringen. Sie begrüßen den Regentschaftsrat als einzige und oberste Behörde der polnischen Nation."

Englische Interpellation in Sachen der polnischen Armee. Der Abgeordnete des englischen Parlaments, Lees Smith, hat, wie der „Wiek Nowy" mitteilt, bei der englischen Regierung eine Interpellation eingebracht, ob es richtig sei, daß das national-demokratische polnische Heer, das von dem national-demokratischen Komitee gebildet wurde, auf die Seite der Deutschen übergetreten sei. Lord Robert Cecil bemerkte in seiner Antwort darauf, daß diese Nachricht nicht das ganze polnische Heer betrifft; allerdings mußte ein Teil dieser Armee infolge der äußeren Verhältnisse einen gewissen modus vivendi mit den Deutschen eingehen.

Führen wir Krieg mit Polen? Der „Vorwärts" vom 17. ds. Mts. schreibt:

„Ein staunenswertes Urteil fällte am 10. Mai 1918 das Schöffengericht Krefeld. Ein russisch-polnischer Staatsangehöriger war in einer Krefelder Fabrik beschäftigt gewesen, hatte diese aber am 4. April verlassen, um nach Warschau, seiner Heimat, zurückzukehren. Er wurde aber festgenommen und erhielt einen Strafbefehl über 5 Wochen Gefängnis, weil er als feindlicher Ausländer die Grenzen seines Aufenthaltsortes unerlaubt verlassen habe. Hiergegen erhob der in Strafe Genommene Einspruch beim Amtsgericht mit der Begründung, daß zu jener Zeit der Frieden mit Rußland bereits abgeschlossen gewesen sei und er somit nicht mehr als Angehöriger des feindlichen Auslandes angesehen werden könne. Trotzdem gelangte das Schöffengericht zu seiner Verurteilung. Es argumentierte: Es sei ja richtig, daß zu der fraglichen Zeit schon

der Friede mit Rußland geschlossen und Polen ein Bestandteil des russischen Reiches gewesen sei. Aber ebenso richtig sei es, daß bei dem Friedensvertrag mit Rußland verschiedene Randstaaten, darunter auch das polnische Staatsgebiet, von dem Vertrag ausdrücklich ausgeschlossen seien. Sie gehörten demnach nicht mehr zum russischen Reich, vielmehr sei ihre Zukunft einer weiteren Regelung vorbehalten worden. Von den Randstaaten sei bisher mit der Ukraina und mit Finnland der Friede geschlossen worden, nicht aber mit Polen, das als Staat noch in der Bildung begriffen sei. Um den Kriegszustand mit Polen zu beenden, sei es nach dem geltenden Völkerrecht erforderlich, daß auch mit ihm ein Friedensvertrag abgeschlossen werde. —

„Diese Begründung ist ein Höhepunkt. Wir schließen mit Rußland Frieden und lassen uns im Friedensvertrag die Verfügung über Polen abtreten. Daraus folgert ein deutsches Gericht, daß wir uns mit Polen im Kriegszustand befinden. Dann müssen wir wohl auch noch mit Elsaß-Lothringen im Krieg leben, denn in Frankfurt a. M. ist nur mit dem noch übrigen Frankreich Friede geschlossen worden, und ein Separatfriedensschluß Deutschlands mit Elsaß-Lothringen ist nie erfolgt.“

Die Motivierung des „Vorwärts“ scheint uns nicht zutreffend zu sein; Elsaß-Lothringen wurde an Deutschland abgetreten, Polen ist ein selbständiger Staat. Aber die Behauptung, daß er ein feindlicher Staat wäre, läßt sich weder faktisch noch juridisch beweisen.

Die Juden und der Staatsrat. Die Zeitung „Jüdisches Wort“ berichtet, daß unter den jüdischen Mitgliedern des Staatsrates der Plan aufgetaucht sei, einen Klub zu begründen, dem auch die hervorragendsten politischen Führer in Warschau beitreten sollen. .

Das polnische Heer. Halbamtlich wird gemeldet: Von zuständiger Seite geht uns die Nachricht zu, daß entgegen allen anders lautenden Mitteilungen über das polnische Heer, welche in den letzten Tagen durch die Presse gingen, nur folgendes zutrifft: Die Ausbildung ist mit Rücksicht auf das geringe Ausbildungspersonal vorläufig nur eine friedensmäßige. Von irgendeiner Verwendung kann daher keine Rede sein. Die Frage der Rekrutierung ist noch nicht entschieden.

Die erste Brigade der polnischen Armee. Der 1. Mai ds. J. wird ein historisches Datum in der Geschichte der sich bildenden polnischen Armee sein. An diesem Tage fand in Ostrow die Feierlichkeit der Uebernahme der neu gebildeten 1. Brigade der polnischen Armee durch das polnische Oberkommando statt.

Die 1. polnische Brigade, die also vom 1. Mai an schon tatsächlich existiert, besteht aus dem 1. und 2. Infanterie-Regiment und aus einer Kompagnie Sappeure.

Zum Kommandanten der Brigade wurde Oberst Minkiewicz ernannt, sein Adjutant ist Kapitän Płutowski. Das 1. Regiment befehligt Major Udałowski, das 2. Major Zarzycki.

Die kirchlichen Feiern der Einweihung wurden von dem Kaplan Wiszniewski in Gegenwart des gesamten Offizierkorps der polnischen Armee vorgenommen. Bei schönstem Frühlingswetter wurde auf dem Uebungsfeld neben der Kaserne eine Feldmesse abgehalten, worauf der Kaplan eine erhebende Ansprache an die Truppen hielt und die Bedeutung des historischen Augenblicks unterstrich. Zum Schluß rief er die Soldaten zur Liebe und Treue gegen Gott, Vaterland und Freunde auf.

Es wurde sodann der erste Brigadebefehl verlesen, der von den Soldaten mit einem Hoch auf den Regentschaftsrat aufgenommen wurde. Nach Schluß der Feier defilierte die gesamte Brigade vor dem Kommandanten Oberst Minkiewicz. Die anwesenden Offiziere versammelten sich sodann im Offizierskasino zu einem gemeinsamen Mittagessen.

Justiz.

Das Gerichtswesen im polnischen Heer. Auf Grund eines Befehls des Obersten Befehlshabers des polnischen Heeres wird die höhere Gerichtsbarkeit in allen Abteilungen der polnischen Armee, die sich im Königreich Polen befinden, dem Obersten Minkiewicz übertragen. Die Justiz der polnischen Ausbildungsinspektion untersteht demnach vollständig dem Obersten Minkiewicz, dem auch das Recht der Bestätigung der Urteile zukommt. Bisher unterstand das militärische Gerichtswesen vollständig dem Herrn General Barth.

Kultur.

Rückgabe polnischen Gutes durch die russische Sowjet-Regierung. Die Stockholmer Presse berichtet, daß die Sowjet-Regierung in der nächsten Zeit die Proklamierung eines Dekrets beabsichtigt, durch das alle durch die früheren Zarenregierungen weggebrachten polnischen Kunst- und Kulturgüter, und zwar schon von der ersten Teilung Polens an gerechnet, dem polnischen Staat wiedererstattet werden sollen.

Ein Judaistisches Seminar in Polen. Das polnische Ministerium für Kultus- und Unterrichtswesen hat der Gesellschaft der jüdischen Mittelschulen Konzession zur Eröffnung eines Seminars erteilt, das Lehrkräfte für judaistische Unterrichtsgegenstände heranbilden soll (Religion, hebräische Sprache, jüdische Geschichte und Literatur); die Absolventen des Seminars dürfen in den Volksschulen und in den vier untersten Klassen der Mittelschulen Unterricht erteilen, jedoch nur über judaistische Wissenschaften. Um auch zum Unterricht über andere Fächer zugelassen zu werden, müssen sie Ergänzungsstudien

absolvieren. Die Unterrichtssprache im Seminar ist für allgemeine Fächer polnisch, für judaistische hebräisch.

Das Verhältnis der Nationalitäten in den Kijewer Mittelschulen. Die Kijewer Zeitung „Kijewskaja Mysl" teilt mit, daß unter den Schülern der höheren Klassen der Kijewer Gymnasien (beginnend von der 5. Klasse an) eine Rundfrage veranstaltet wurde, um über das Verhältnis der Nationalitäten in den Mittelschulen Klarheit zu schaffen. Von 3419 befragten Schülern erklärten 2385 (69,8%), daß sie Russen seien, 429 (12,5%) waren Juden, 186 (5,4%) Polen, nur 259 (7,6%) gaben sich für Ukrainer aus, während 160 Schüler sich verschiedenen anderen Nationalitäten zuzählten. Auf eine Anfrage, ob sie den obligatorischen Vortrag ukrainischer Spezialfächer wünschen, erklärten 2908 Schüler, d. h. 85,1%, daß sie solche Vorträge nicht wünschen, 294 (8,6%) enthielten sich der Antwort, und nur 217 Schüler (6,3%) erklärten sich für diese Einführung.

Polnisches Universitätskollegium in Kijew. Das Programm der Vorträge an dem polnischen Universitätskollegium in Kijew umfaßt im Sommersemester 1918 folgende Gegenstände: Philosophie im engeren Sinne, Sprachenkunde, neuere Sprachen, Literatur, Geschichte, Nationalökonomie, Schulwesen, Mathematik, Physik, Chemie, Geologie und Mineralogie, Biologie und Zoologie, Botanik, Anthropologie sowie allgemeine Vorträge über Naturwissenschaft. Ferner wird vorgetragen über medizinische Gegenstände. An dem Kollegium bestehen 12 Seminare, Proseminare und zahlreiche Seminarübungen. Die Inauguration des Kollegiums fand am 29. September v. J. statt. Rektor ist der bekannte Krakauer Professor Ludwik Janowski. Die Hörerfrequenz ist ziemlich groß für die dortigen ungünstigen Bedingungen, nämlich 718.

Wirtschaftliches.

Gründung einer polnischen Bank in Charkow. In Charkow ist eine polnische Bank für Handel und Industrie mit einem Aktienkapital von 2 Millionen Rubel gegründet worden.

Das Lebensmittelversorgungsamt. Der Regentenschaftsrat hat die bisherige Tätigkeit des Lebensmittelversorgungsministeriums auf ein besonderes Lebensmittelversorgungsamt übertragen, dem ein Sektionschef als Direktor vorstehen soll. Zum Direktor wurde Herr Janucs Machnicki ernannt.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: F. Zalachowski, Charlottenburg.
Druck: Otto Dreyer, Berlin W 57, Kurfürstenstraße 19.